

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

29.04.2026: Die Instrumentalisierung der Strafgewalt: Ein weiteres undemokratisches Sicherheitsdekret

Die Regierung von Giorgia Meloni hat erneut ein neues Gesetzesdekret im Rahmen des umfassenderen Pakets von „Sicherheitsdekreten“ eingeführt, das im Februar und März 2026 angekündigt wurde (siehe frühere [Scirocco-Analysen](#)). Dieser Schritt fügt sich in eine [breitere Strategie](#) ein, die zunehmend auf das Strafrecht als Instrument zur Ausweitung der Befugnisse der Strafverfolgungsbehörden setzt. In diesem Kontext werden bestimmte Gruppen – insbesondere Menschen auf der Flucht und allgemein marginalisierte Gemeinschaften, die mit sogenannter „[Devianz](#)“ in Verbindung gebracht werden – implizit als Bedrohung für die öffentliche Ordnung konstruiert. Gesetzesdekrete sind jedoch gesetzgeberische Instrumente, die die italienische Verfassung „außergewöhnlichen Fällen von Notwendigkeit und Dringlichkeit“ vorbehält. Ihr wiederholter Einsatz im Bereich der Migrationspolitik unterstreicht die fortschreitende Versicherheitlichung dieses Politikfeldes.

Parallel zur Förderung sogenannter „freiwilliger Rückkehrprogramme“ durch Italien (siehe unseren [neuesten Scirocco](#) zu diesem Thema) sollte das neue Sicherheitsdekret, das kürzlich vom Senat verabschiedet wurde, eine [umstrittene Bestimmung](#) einführen: Das Innenministerium soll ermächtigt werden, Vereinbarungen mit dem Nationalen Anwaltsrat (CNF) – der institutionellen Vertretung der Rechtsanwält*innen zu schließen, um sogenannte „freiwillige Rückführungen“ zu erleichtern. Vorgesehen war ein finanzieller Anreiz von 615 € für Anwält*innen, die ausländische Staatsangehörige bei der Teilnahme an solchen Programmen unterstützen. Das von der extremen Rechten eingeführte Sicherheitsdekret scheint Teil einer umfassenderen Strategie zu sein, die von ihnen als „Remigration“¹ bezeichnet wird. Dieselbe Änderung betrifft auch Abschiebungen nach strafrechtlichen Verurteilungen, die in bestimmten Fällen als alternative Sanktion verhängt werden können. Nach den neuen Regeln muss das zuständige Gericht Anträge auf Abschiebung vorrangig behandeln und innerhalb von fünfzehn Tagen entscheiden. Gleichzeitig führt das Dekret einen tiefgreifenden Widerspruch ein: Es entzieht Migrant*innen faktisch die Prozesskostenhilfe, wenn sie Abschiebungsanordnungen gerichtlich anfechten, während es gleichzeitig finanzielle Anreize für Rechtsbeistände schafft, ihre Mandant*innen zur Ausreise zu bewegen. Über die Stärkung der Regierungsnarrative zur Reduzierung von Migration und zur Erleichterung von Rückführungen hinaus wirft diese Maßnahme erhebliche Bedenken hinsichtlich der Rolle und [Unabhängigkeit der Verteidigung](#) auf. Anwält*innen sind berufsrechtlich verpflichtet, ausschließlich im besten Interesse ihrer Mandantschaft zu handeln und nicht auf finanzielle Anreize zu reagieren, die ihre rechtliche Beratung beeinflussen könnten. Diese Bedenken sind nicht unbemerkt geblieben. [Der Präsident der Republik, Sergio Mattarella](#), hat bereits die Verfassungsmäßigkeit des Dekrets in Frage gestellt und signalisiert, dass er es nicht unterzeichnen wird, solange die Regelung zur Vergütung von Anwält*innen nicht gestrichen wird.

Als Reaktion darauf versuchte Fratelli d'Italia, die Partei Melonis, rechtliche und verfahrensbezogene Umgehungslösungen zu finden. [Die Ministerpräsidentin](#) ließ das Sicherheitspaket unverändert, um dessen Verfall zu verhindern, und verabschiedete am vergangenen Freitag kurz nach der endgültigen Zustimmung des Parlaments zum ursprünglichen Text ein separates Dekret mit den entsprechenden Änderungen. Kurz gesagt hat die [Regierung festgelegt](#), dass Unterstützung bei Rückführungen nicht zwingend von Anwält*innen geleistet werden muss, sondern auch von anderen Fachkräften erbracht werden kann. Infolgedessen wird der Bonus nicht mehr ausschließlich an Anwält*innen gezahlt, sondern an alle benannten Fachpersonen, die an Verfahren zur freiwilligen Rückkehr beteiligt sind. Außerdem wird er nun nach Abschluss des Verwaltungsverfahrens und nicht mehr erst nach der tatsächlichen Ausreise der betroffenen Person ausbezahlt. Allerdings muss das separate Dekret erneut genehmigt werden, was das Scheitern von Melonis fortgesetzter Strategie der Versicherheitlichung und die Taktik der Regierung, demokratische Grundsätze außer Kraft zu setzen, untergräbt.



Was sich insgesamt abzeichnet, ist ein breiteres und besorgniserregendes Muster: Die **Strafgewalt ist nicht länger durch den Schutz grundlegender Rechte begrenzt oder darauf ausgerichtet**. Stattdessen wird sie zunehmend instrumentalisiert, um eine Ideologie von öffentlicher Ordnung und Sicherheit voranzutreiben – eine Entwicklung, die soziale Marginalität kriminalisieren, abweichende Meinungen zum Schweigen bringen und demokratische Freiheiten einschränken könnte. Dadurch verengt sich der ohnehin begrenzte Raum für kollektiven politischen Ausdruck und gesellschaftliches Handeln weiter.

¹ Der Begriff „Remigration“ ist problematisch, da er von Vertreter*innen der Neuen Rechten ideologisch neu definiert wurde und heute häufig als Euphemismus für die Massenabschiebung oder Ausweisung von Menschen mit Migrationshintergrund verwendet wird.

